Aus den Verhandlungen des schweiz. Bundesrathes.

(Vom 5. August 1867.)

In Vollziehung des Art. 31 des Gesetzes über die Organisation den Bundesrechtspflege hat der Bundesrath beschlossen, die eidgenössischen Stände einzuladen, ihm die Veränderungen, welche sich im Verzeichniß der für die Amtsperiode von 1864 bis 1869 gewählten eidg. Geschwornen ergeben haben, anzeigen zu wollen.

Das diesfällige Kreis Schreiben lautet also :

„Tit. !

„Das Bundesgericht macht darauf aufmerksam, wie wünschenswerth es wäre, daß der Art. 31 des Gesetzes über die Bundesrechtspflege vom 5. Juni 1849 (N. S. I, 65) seine genaue Vollziehung erhalte, wonach die eidg. Geschwornen, welche aus irgend einem Grunde diese Eigenschaft verloren haben oder gestorben sind, dem Bundesrathe zur Kenntniß gebracht werden sollen.

„Indem wir Sie ersuchen, hiernach das Nöthige zu verfügen, verbinden wir damit die Einladung, eine solche Revision vornehmen und bis Neujahr 1868 berichten zu wollen, welche jenseitige eidg. Geschworne diese Eigenschaft seit der letzten Wahl verloren haben.“

Mit Schreiben vom 5. dies hat die k. preussische Gesandtschaft bei der schweiz. Eidgenossenschaft dem Bundesrathe zur Kenntniß gebracht, daß in einigen Kantonen der Schweiz daselbst niedergelassene Hannoveraner zur Zahlung der Militärsteuer angehalten worden seien.

In Folge dessen erließ der Bundesrath an sämtliche Kantonsregierungen das nachstehende Kreis Schreiben :

„Tit. !

„Die k. preussische Gesandtschaft macht die Mittheilung, daß in einzelnen Kantonen die niedergelassenen Angehörigen des ehemaligen Königreichs Hannover immer noch mit der Militärsteuer belegt werden, während dieselben nunmehr auf die Wohlthaten derjenigen Uebereinkunft

Anspruch machen können, welche wegen gegenseitiger Befreiung vom Militärdienste und vom sog. Pflichterfaze mit Preußen am 7/18. November 1859 abgeschlossen worden ist (A. S. VI, 357).

„Indem wir die Ehre haben, Sie hievon in Kenntniß zu setzen, laden wir Sie ein, das Erforderliche zu verfügen, damit in der angelegten Beziehung die Hannoveraner den übrigen Preußen gleichgehalten werden.“

Die k. preussische Gesandtschaft machte unterm 5. d. Mts. dem Bundesrath die Mittheilung, daß S. M. der König von Preußen, in Aufhebung der Ordre vom 3. Januar 1842, seinen Unterthanen gestattet habe, die Universitäten in Zürich und Bern wieder besuchen zu dürfen.

In Erledigung der Schlußnahme der Bundesversammlung in Sachen des Unterstützungsgesuches des ehemaligen eidg. Grenzwächters Dufaux in Genf (siehe Seite 478 hievor), hat der Bundesrath beschlossen, demselben, gestützt auf Art. 4 des eidg. Besoldungsgesetzes vom 30. Juli 1858 *), einen dreimonatlichen Soldnachgenuß verabsolgen zu lassen.

(Vom 7. August 1867.)

Das schweiz. Postdepartement ist vom Bundesrath ermächtigt worden, mit der Regierung von Waadt über Errichtung eines öffentlichen Telegraphenbüreaus in Olon in Unterhandlung zu treten und unter den in der modifizirten Verordnung vom 6. August 1862 enthaltenen Bedingungen **) einen Vertrag abzuschließen.

*) Siehe eidg. Gesesammlung, Band VI, Seite 60.

**) " " " " VII, " 329, und Band IX, Seite 33, Ziffer 3.

Mit Schreiben vom 5. dies zeigt Herr Nationalrath Henggeler dem Bundesrathe an, daß er aus Gesundheitsrückichten seinen Austritt aus dem schweizerischen Nationalrathe zu nehmen genöthigt sei.

Nach einer von der k. italienischen Gesandtschaft unterm 5. dies dem Bundesrathe gemachten Mittheilung sind von der k. italienischen Regierung unterm 29. April d. J. für die Seehäfen des Königreichs Italien die nachbezeichneten Quarantainen festgesetzt worden:

- I. Für Herkunft aus Ländern, wo die Pest herrscht:
für Schiffe, Mannschaft und		
Passagiere	15 Tage,	vom Tage der Ankunft berechnet;
„ Waaren	15 „	nach Ablagerung ins Lazareth berechnet.
- II. Für solche, wo das gelbe Fieber herrscht:
- a. wenn während der Reise keine Erkrankungen oder Todesfälle erfolgt sind:
für Schiffe, Mannschaft		
und Passagiere	5 Tage,	wie oben.
„ Waaren	5 „	nebst einfacher Lüftung derselben ohne Ablagerung ins Lazareth.
- b. wenn die Krankheit auf dem Schiffe ist oder während der Reise Todesfälle erfolgt sind, oder die Reise kürzer als 10 Tage war:
für Schiffe, Mannschaft		
und Passagiere	15 Tage,	wie oben.
„ Waaren	15 „	nach Ablagerung ins Lazareth.
- III. Für solche, wo Cholera morbus herrscht:
- a. wenn während der Reise keine Erkrankungen oder Todesfälle erfolgt sind:
für Schiffe, Mannschaft		
und Passagiere	15 Tage,	wie oben.
„ Waaren	15 „	einfache Lüftung, ohne Ablagerung ins Lazareth.

- b. wenn Erkrankungen oder Todesfälle an der Cholera während der Reise erfolgt sind :
 für Schiffe, Mannschaft
 und Passagiere . . . 15 Tage, vom Tage der Ankunft
 berechnet;
 „ Waaren 15 „ nach Ablagerung ins
 Lazareth.
- IV. Für solche wo Typhus, Blattern oder andere ansteckende Krankheiten herrschen :
- a. wenn während der Reise keine Erkrankungen oder Sterbefälle vorgekommen :
für Schiffe, Mannschaft
und Passagiere . . .	} freier Zutritt, vorbehaltlich Visite
und günstiger Bericht des Sa-
nitätsarztes und nach Beobach-
tung der vorgeschriebenen Lüf-
tungs- und Desinfektionsmaß-
regeln für Waaren ;
„ Waaren	
- b. wenn sich während der Reise oder bei der Ankunft verdäch-
 tige Symptome zeigen :
 für Schiffe, Mannschaft
 und Passagiere . . . Verschiebung des freien Zutritts
 und Berichterstattung ans Mini-
 sterium, das in jedem Spezial-
 fall verfügen wird ;
 „ Waaren einfache Lüftung derselben, ohne
 sie ins Lazareth abzuladen.
- V. Für solche ohne Gesundheitspaß :
Herkunft aus anerkannt ge-
sunden Ländern	3 Tage Observationsquarantaine.
Herkunft aus der Türkey,
Barbarei und Amerika . . .	15 „ „

Wenn die unter I und II bezeichneten Krankheiten bei der Abreise des Schiffes nicht herrschten, es somit einen sog. reinen Gesundheitspaß vorweist, so haben das Schiff, die Mannschaft und die Passagiere freien Zutritt, und von den Waaren werden nur die Felle, Häute, Thierhaare und Häbern besondern sanitarischen Vorsichtsmaßregeln unterworfen.

Vom Bundesrathe sind gewählt worden :
 als Postkommis in Bern : Hr. Johann Schmitter, von Nieder-
 wyl (Aargau);
 " " " St. Gallen: " Adolf Helbling, von Niden
 (St. Gallen).

(Vom 9. August 1867.)

Veranlaßt durch die Behauptung der Rheinisch-Westphälischen Gefängnißgesellschaft, als bestünde in der Schweiz die Uebung, Verbrecher einfach nach Amerika zu schicken, hat der Bundesrath unterm 5. Juni d. J. die Kantonsregierungen in einem Kreis Schreiben angefragt, ob wirklich solche Fälle vorgekommen seien, oder ob jener Vorwurf auf Mißverständnis oder Unwissenheit beruhe.

Die hierauf eingelangten Antworten sämtlicher Kantone haben unzweifelhaft dargethan, daß der Vorwurf, welcher im 39. Jahresberichte der Rheinisch-Westphälischen Gefängnißgesellschaft der Schweiz gemacht wird, durchaus unbegründet ist und daher in der bestimmtesten Weise zurückgewiesen werden muß.

I n f e r a t e.

B e k a n n t m a c h u n g.

Die seit dem 1. Juli 1867 außer Verwendung gekommenen grünen Gelbanweisungscouvertés und Gelbanweisungsstelegramme werden bei sämtlichen Postbüreauz und Ablagen noch bis Ende des laufenden Monats eingelöst.

Für spätere Einlösung sind die Poststellen nicht mehr ermächtigt, und es müßten daherige Reklamationen direkte an's Postdepartement gerichtet werden.

Bern, den 8. August 1867.

Das schweiz. Postdepartement.

Aus den Verhandlungen des schweiz. Bundesrathes.

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1867
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	35
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	10.08.1867
Date	
Data	
Seite	519-523
Page	
Pagina	
Ref. No	10 005 540

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.